

Newsletter April 2013

Editorial	S. 1
Berichte und Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums	S. 2
Weitere Veranstaltungen	S. 4
Hinweise, Mitteilungen und VeröffentlichungenAm rechten Rand	S. 7
	S. 8
Neu in der Bibliothek	S. 10
npressum	S. 12

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

wie viele von Ihnen wissen, wurde im Jahr 2012 das NS-Dokumentationszentrum erheblich erweitert. Neben vielen anderen Erneuerungen wurde auf einer Fläche von über 100 Quadratmetern das neue Geschichtslabor geschaffen. Dabei handelt es sich um eine Form des selbstforschenden und interaktiven Lernens. Ausgangspunkt für die Entdeckung des Geschichtslabors ist die "geheimnisvolle Frage", die "mystery question". Auch diese muss erst einmal gefunden werden, verbirgt sie sich doch zwischen den zahlreichen Objekten, die unter der Decke hängen.

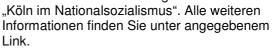
Im Geschichtslabor kann auch zum Thema Rechtsextremismus gearbeitet werden. Sie können das Angebot beim Museumsdienst buchen unter:

http://www.museenkoeln.de/museumsdienst/anfrage angebot.asp?angebot=454&inst=14

Geben Sie unter "Hinweise" einfach an, dass Sie den Workshop zum Thema Rechtsextremismus buchen möchten.

Die Arbeit im Geschichtslabor ist integriert in ein 2,5-stündiges Programm. Dieses umfasst

über die Arbeit im Pädagogischen Zentrum hinaus eine Führung durch die Gedenkstätte Gestapogefängnis und durch einzelne Bereiche der Dauerausstellung



Neben Berichten über eine Aktion des Kölner Forums gegen Rassismus (S. 2) und eine Tagung zum Asylrecht (S. 6) finden Sie in diesem Newsletter wie gewohnt Hinweise auf Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums (S. 3) und anderer Organisation (ab S. 4). Weiterhin berichten wir über Aktivitäten der extremen Rechten in Köln und im Kölner Umland und stellen ein Buch zum Thema vor.

Ich bedanke mich bei Leonie Wallmann und Marius Stelzmann für die Hilfe bei der Erstellung dieser Ausgabe des Newsletters.

Hans-Peter Killguss

Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus



ALLTAGSmasken geSICHTet

Bericht über die Aktion des "Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung" anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus am 21.03.2013



Mittwoch, 21. März 2013, 12 Uhr: Menschen mit weißen Masken mischen sich unter die PassantInnen in den KölnArcaden. Sie fahren die Rolltreppe hinauf und hinunter, lehnen sich an das Geländer, stehen vor Geschäften. Aus den Lautsprechern tönen Alltagsgeräusche unterlegt von sanften Gitarrenklängen. Die Maskierten treten in eine nonverbale Interaktion mit den Passanten: "Manche haben uns fotografiert, andere haben uns ,Hallo' gesagt. Manche haben sich aber auch erschreckt", erzählt die erzählt die Schülerin Bibiana Sabová, die als eine von 6 Spielerinnen und 2 Spielern an der Aktion des Kölner Forums gegen Rassismus teilgenommen hat. Die Performance irritiert und das soll sie auch.

"Durch die Alltagsmasken werden Fragen aufgeworfen: Wer könnte darunter stecken? Was bedeutet es, dass Menschen alle mit der gleichen Farbe maskiert sind und nicht sprechen? Vielleicht sind diese zwei Merkmale, Sprache und Hautfarbe, ja die Kategorien, auf denen Ausgrenzung und Rassismus basiert?", sagt Jae-Soon Joo-Schauen von der Informationsund Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen agisra und eine Sprecherin des Kölner Forums. "Das Medium Maske lenkt die Aufmerksamkeit auf die nonverbale Wahrnehmung und ermöglicht ein Wechselspiel zwischen Verborgenem und Enthülltem, Verdecktem und Demaskiertem", erklärt Maria Gorius, die als künstlerische Leiterin die generationenübergreifende Performance entwickelt hat. Michel Pszczyk, eine der Beteiligten erzählt: "Wir wollen zeigen, dass alle gleich sind." So findet jede und jeder einen unterschiedlichen Zugang zu der Aktion.

Die Hauptintention des Kölner Forums: "Wir wollen durch diese Aktion ins Gespräch mit den Menschen kommen und den Meinungsaustausch unterstützen", so Jae-Soon Joo-Schauen.

Die Performance soll als künstlerischer Impuls die PassantInnen emotional ansprechen und Interesse für den Infostand des Kölner Forums wecken. Dort kommen Interessierte ins Gespräch mit den SpielerInnen oder Mitgliedern des Kölner Forums. Diese berichten über ihre Arbeit und geben Hinweise darauf, wie man gegen Rassismus aktiv werden kann oder wo von Diskriminierung Betroffene sich beraten lassen können. Das Kölner Forum hat hierzu auch eine Broschüre erstellt, in der die verschiedenen Beratungsstellen vorgestellt werden.

"Wir wollen Rassismus auf die Tagesordnung setzen", betont John Mukiibi von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V./Antidiskriminierungsbüro Köln. "Ich hoffe, dass wir mit dieser Aktion heute einen Schritt dazu getan haben."



Fotos: Ralph Lennartz: Musiker / Klangkunst / Fotografie

Der Rundfunk in der NS-Zeit Vortrag, Donnerstag, 11. April 2013, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Im Januar 1933 war der Rundfunk in Deutschland gerade mal zehn Jahre alt. Die Nazis erkannten schon vor der Machtübernahme die sich ihnen bietenden Möglichkeiten zur Massenbeeinflussung durch dieses damals schnellste und aktuellste Massenmedium. Die Gleichschaltung begann mit der Amtsenthebung des

Rundfunkintendanten Ernst Hardt am 25. März 1933 und der Berufung des Nationalsozialisten Heinrich Glasmeier zum neuen Rundfunkintendanten. Der bis dahin unpolitische Rundfunk in Deutschland wurde zu einem modernen Propagandainstrument umgestaltet. Während des 2. Weltkrieges steigerte sich die Intensität der Radiopropaganda nochmals deutlich. Trotz des

Verbotes entwickelte sich das Abhören ausländischer Sender zu einer ausgeprägten und wirksamen Gegenbewegung.

Vorgestellt werden zahlreiche originale Sprachund Musikbeispiele und historische Radio-Empfänger Hören Sie selbst, wie das NS-Radio klang oder die Stimmen aus der freien Welt zu ihren Hörern in Deutschland sprachen.

Der Referent, Michael Lang, seit 14 Jahren als Strafverteidiger in Köln tätig, ist langjähriger Sammler und Kenner historischer Tondokumente.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Der Vortrag findet statt in der Reihe "Köln wird braun".

Kriminalbeamte, Juristen, NS-Aktivisten. Die Kölner Gestapo und ihre Mitarbeiter Vortrag, 25. April 2013, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Die Geschichte des EL-DE-Hauses ist untrennbar verbunden mit der Geschichte der Geheimen Staatspolizei. Auch wenn zahlreiche Unterlagen zur Kölner Gestapoherrschaft während der NS-Zeit vernichtet wurden oder verloren sind, ist in den letzten Jahrzehnten viel über sie geforscht und herausgefunden worden. Der Vortrag liefert einen Überblick zum aktuellen Stand der Erkenntnisse über die Kölner Gestapo und diskutiert Probleme der Forschung. Dabei sollen die "Täter", die Mitarbeiter der Gestapo, ihre Prägungen, Verhaltensweisen und Lebensläufe, im Mittelpunkt stehen.

Der Referent, Dr. Thomas Roth, Historiker mit Schwerpunktthemen Polizei und Justiz, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des NS-DOK.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro



Gold und Asche

Führung durch die Sonderausstellung, Sonntag, 28. April 2013, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Der Bau des Hauses Langgasse 21 (später Appellhofplatz 21) von Mitte des 19. Jahrhunderts war von einem Architekturdiskurs begleitet, der nicht ästhetisch, sondern gesellschaftspolitisch begründet war. Diskussionen über den "richtigen" Architekturstil und Beeinflussung von Bauvorhaben durch politische Rahmenbedingungen waren seit 1852 ein wichtiges Thema.

Das 1935 erbaute EL-DE-Haus ersetzte zwei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichteten Häuser Langgasse 23 und 25. Die Fassade des EL-DE-Hauses wurde zeitgemäß in "Herbe und Strenge" verwirklicht. Die Fassadengestaltung des EL-DE-Hauses wurde 1950 für die im Zweiten Weltkrieg zerstörten Häuser Appellhofplatz 21 und Elisenstraße 1 übernommen.

Der Kurator Martin Vollberg führt durch die Sonderausstellung "Gold und Asche", mit dem Schwerpunktthema "Architektur".

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Kölner Integrationspolitik – Sachzwang oder Sparzwang? Diskussion, Donnerstag, 11. April, 19.30 Uhr, Kölner DOMFORUM

Das Katholisches Bildungswerk Köln lädt ein: "Spätestens die Debatte um die Sparvorschläge für den kommunalen Haushalt 2014/15 hat die Baustellen der städtischen Integrationspolitik offengelegt und neue geschaffen.

Das Interkulturelle Referat löst sich ohne eine politische Entscheidung auf. Nachdem die Expertengruppe, die das von vielen guten Wünschen gespickte Integrationskonzept konkretisieren sollte, ihre Arbeit eingestellt hat, droht es zu einem gut gemeinten, aber folgenlosen Stück Papier zu verkümmern.

Sicher kein konzeptionelles und politisches Glanzstück, steht das "Kommunale Integrationszentrum" in Gefahr, im Hickhack zweier

Dezernate pulverisiert zu werden. Ein Prüfauftrag "Diversity" von Stadtdirektor verspricht ein Kahl(en)schlag für die interkulturellen Angelegenheiten der Stadt zu werden. Die Aufzählung ist hier nicht am Ende, es fehlt nur der Platz.

Der Stadt Köln fehlt ein Konzept für die Einlösung des Anspruchs, der im Integrationskonzept – zumindest im Vorwort – formuliert ist: Integrationspolitisches Leitziel ist die gleichberechtigte und chancengleiche Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt."

Eintritt: frei

Das Zwickauer Terror-Trio: Ereignisse, Szene, Hintergründe Dienstag, 16. April 2013, 18 Uhr, SuperC, Ford-Saal, Templergraben 57, Aachen



Eine Kooperationsveranstaltung des Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus und dem International Office der RWTH Aachen im Rahmen von "Wir für Demokratie - Tag und Nacht für Toleranz": "Waffen, Morde, Banküberfälle und ein geheimnisvolles Leben im Untergrund – Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt terrorisierten über zehn Jahre das Land. Wie konnten sie sich zu eiskalten Mördern entwickeln? Wie schafften sie es, ein Leben im Verborgenen zu führen? Welche Rolle spielten dabei ihre Unterstützer, welche die Sicherheitsbehörden? Chronologisch beschreiben die Autoren anhand von streng vertraulichen Akten, Interviews mit Sicherheitsexperten, Angehörigen der Opfer

sowie Aussteigern – »alten Bekannten« des Trios – die Aktionen der rechtsextremen Zelle. Maik Baumgärtner liest aus und diskutiert zu seinem gemeinsam mit Marcus Böttcher verfasstem Buch "Das Zwickauer Terror-Trio: Ereignisse, Szene, Hintergründe" (Verlag Das Neue Berlin, 2012).

Anschließend Theater: V wie Verfassungsschutz

Gewinner des Kölner Theaterpreises 2012 und des Kurt-Hackenberg-Preises 2012 Mit Talke Blaser, Felix Höfner, Asta Nechajute Inszenierung: Janosch Roloff

Wenn der Verfassungsschutz eine Theatergruppe wäre, würde er dieses Stück mit Sicherheit aufführen, um festzustellen wer im Publikum sitzt. Nachdem das nö-theater Köln Informationen recherchiert, gesammelt und ausgewertet hat, übernimmt es diese Herausforderung stellvertretend und setzt dem Verfassungsschutz ein theatrales Denkmal – nach dem Motto: Wir kamen, sahen weg und versagten."

Eintritt: frei

Weitere Informationen:

Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V. Peterstraße 21-25 52062 Aachen Tel. 0241 – 4792 182 <u>Dominik.Clemens@mail.aachen.de</u> www.aulnrw.de

Archäologische Zone und Prätorium Führung, Freitag, 19. April 2013, 16 Uhr, Treffpunkt Rathausplatz vor dem Zelt



Exklusive, kostenlose Sonderführung von Dr. Sven Schütte (Leiter Archäologische Zone) für Mitglieder des Fördervereins EL-DE-Haus. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist.

wird um verbindliche Anmeldung bis 12.04.2013 gebeten an: hajo.leib@netcologne.de
Die Anmeldungen werden nach Termineingang notiert und bestätigt bzw. abgesagt, sobald die maximale Teilnehmerzahl erreicht ist.

Rassismus und Diskriminierung an der Schule Seminar für SchülerInnen, 19.-21. April 2013, Königswinter

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit teilt mit: "Zusammen wollen wir uns über Deine Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung in Schule und Alltag unterhalten und gemeinsam erarbeiten, was überhaupt dahinter steckt. Wenn das Wetter gut ist, können wir gemeinsam Grillen und am Samstagabend besuchen wir zusammen das Theaterstück "Empfänger unbekannt". Am Freitag erwartet uns ein Liederabend mit Rolly Brings." Alle weiteren Infos zum Seminar und zum Projekt "Rote Karte gegen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus" unter: http://www.koelnische-gesellschaft.de/

Einführung in den Anti-Bias-Ansatz-Diskriminierung im Praxisfeld Schule! Seminar, 24. April 2013, Köln

Das DGB-Bildungswerk lädt ein: "Der Anti-Bias-Ansatz ist ein erfahrungsorientierter Ansatz der Anti-Diskriminierungsarbeit. Das englische Wort "Bias" bedeutet dabei "Voreingenommenheit" oder "Schieflage", "Anti-" die aktive Haltung dagegen. Der Tagesworkshop ist als ein erstes Kennenlernen des Ansatzes gedacht." **Teilnahmegebühr:** 60 Euro (inkl. Verpflegung) **Ansprechpartnerin:** Arifka Dzeladini

Tel.: 0211 17523-210

Anmeldung online unter:

http://www.dgb-bildungswerknrw.de/nc/seminare/seminare-in-kooperationmit-gewerkschaften/dgb/138101-in-koeln/

Erinnern. Denken. Handeln. Nazis und Rassismus wirksam entgegentreten Kongress, Samstag, 27. April 2013, 10 Uhr, Duisburg

DGB NRW und DGB-Bildungswerk NRW laden ein: "In welcher Form Rassismus auch immer auftritt: Er propagiert ein antidemokratisches und menschenfeindliches Weltbild, dem konsequent die Stirn geboten werden muss. Staat und Zivilgesellschaft sind in der Pflicht, Ausgrenzung und Diskriminierung dauerhaft zu bekämpfen. Wir wollen diskutieren, wie Rassismus wirksam und nachhaltig begegnet werden kann.

Den einführenden Vortrag wird Elmar Brähler (Professor an der Universität Leipzig, Autor der Studie "Die Mitte im Umbruch") übernehmen. Anschließend sind fünf Themenforen zu unterschiedlichen Aspekten geplant: zum Sturm auf die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933, zu militanten Neonazis, zu Frauen und Müttern in der rechten Szene, zum Alltagsrassismus und zum Rechtsrock. In einer Podiumsrunde beschäftigen sich Wissenschaftler und Politiker mit der Frage: Ist Bildung der Schlüssel zu Toleranz und Demokratie?"

Im Rahmen der Veranstaltung verleiht die DGB-Jugend Niederrhein den Emil-Rentmeister-Preis gegen Ausgrenzung und Rassismus, für Demokratie und Gleichberechtigung

Anmeldung unter: http://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/seminare/seminare-in-kooperation-mit-gewerkschaften/dgb/137531-in-duisburg/

Der genaue Veranstaltungsort wird mit der Anmeldebestätigung mitgeteilt.

Kontakt:

DGB-Bildungswerk NRW e. V. Bismarckstraße 77 40210 Düsseldorf Tel.: 0211 17523-210

<u>info@dgb-bildungswerk-nrw.de</u> www.dgb-bildungswerk-nrw.de

20 Jahre "Asylkompromiss" Bericht über die Fachtagung der Caritas

Am 20.03.2013 fand im Internationalen Zentrum des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V. die Fachtagung zum Thema "20 Jahre 'Asylkompromiss': Erfolgsbilanz oder Fiasko? Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich des Flüchtlingsschutzes" statt, welche vom Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V. und dem Therapiezentrum für Folteropfer/Flüchtlingsberatung des Caritas-Verbandes für die Stadt Köln e.V. mit Unterstützung der Stadt Köln veranstaltet wurde. Es nahmen rund 100 Personen an der Tagung teil, darunter Vertreter*innen verschiedener NGOs und Beratungs-/Vertretungsstrukturen für Flüchtlinge, aber auch viele Vertreter*innen der Stadt Köln, Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde u.a. Dieses Aufeinandertreffen verschiedener Perspektiven machte die Tagung zu einem spannenden Forum zum Austausch, und es ist positiv zu bewerten, dass die offiziellen Stellen für einen solchen Diskurs über Flüchtlingsschutz offen sind. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass das Thema Asyl aktuell auch in der Stadt Köln kontrovers diskutiert wird, unter anderem durch die Notwendigkeit des Baus neuer Flüchtlingsunterkünfte und die rechte Agitation von ProNRW gegen diese. Neben dem Jahrestag der faktischen Abschaffung des Asylrechts vor 20 Jahren boten also auch aktuelle Debatten um Asyl einen wichtigen Anlass für die Tagung. Die Hauptthemen der Tagung waren, neben dem Rückblick auf die asylrechtlichen Änderungen vor 20 Jahren, vor allem die aktuelle Situation des Asylrechts und dessen praktische Umsetzung, die Umsetzung der bis Ende 2013 geplanten "Harmonisierung" der EUweiten Flüchtlingspolitik, die Umstellung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), sowie die aktuelle Debatte um Asyl und Asylbewerber*innenunterkünfte. Es wurde betont, dass es zwar seit 2007 einen Anstieg der Asylanträge gebe, die Zahlen aber bei weitem noch nicht so hoch seien wie Anfang der 90er Jahre. als die Reaktionen darauf in einen rassistischen gesellschaftlichen Diskurs und schließlich auch in Pogrome gegen Asylbewerber*innen münde-

Verschiedene Expert*innen trugen ihre Sicht auf einzelne Schwerpunkte der Tagung vor. Zunächst gab Sabine am Orde (stellv. Chefredakteurin der taz) einen Überblick über die Geschehnisse vor 20 Jahren. Sie erinnerte an den rassistischen Diskurs zu jener Zeit und das

offensichtliche Ziel des sogenannten "Asylkompromisses' und der Änderung des Grundgesetzes, welche das Recht auf Asyl grundlegend einschränkte: die Eindämmung der Asylantragszahlen und die Abschreckung potentieller Asylbewerber*innen. Es wurden Sammellager. Residenzpflicht und Arbeitsverbot eingeführt. sowie Regelungen zu sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten sowie Flughafenverfahren. Ebenso wurde damals das AsylbLG eingeführt, welches nun aber vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wurde, da es unter dem Existenzminimum von Arbeitslosen mit deutschem Pass lag. Hierzu hielt Eva Steffen (Rechtsanwältin) einen Vortrag unter dem Titel "Die Umsetzung der Entscheidung des BVerfG zum AsylbLG". Stefan Keßler (Policy & Advocacy Officer des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Europa) sprach zur "Harmonisierung des Asylrechts in der EU" und stellte heraus, dass die Zielsetzung der EU, bis Ende 2013 das Asylrecht und den Umgang mit Flüchtlingen in allen EU-Ländern aneinander anzugleichen, nicht umgesetzt werden konnte. Nach wie vor gibt es unterschiedlichste Standards in den verschiedenen Mitgliedsstaaten. Anstelle der "Harmonisierung" des Umgangs mit Flüchtlingen ist lediglich die Grenzsicherung vergemeinschaftet worden.

In der Podiumsdiskussion zum Thema "Bilanz und Ausblick nach 20 Jahren Asylkompromiss" mit Christina Bürg (stellv. Leiterin der Ausländerbehörde Köln), Wolfgang Grenz (Generalsekretär amnesty international), Dr. Michael Griesbeck (Vizepräsident d. Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge), Stefan Keßler, Sabine am Orde und Henriette Reker (Beigeordnete der Stadt Köln), moderiert von Isabel Schayani (WDR), wurde über Dublin II und die Drittstaatenregelung, das AsylbLG und die Widerrufsverfahren von anerkannten Asylfällen diskutiert. Vor allem die Sinnhaftigkeit von Dublin II wurde in Frage gestellt. Abschluss der Tagung stellten drei parallel laufende Workshops zu den Themen "Aufenthalt von Flüchtlingen", "Umsetzung des AsylbLG" und "Unterbringung von Flüchtlingen" dar. Insgesamt bot die Tagung den Rahmen für einen sehr angeregten Austausch über ein Thema, das aktuell wieder an Brisanz gewinnt. (lw)

Rechtes Land

Atlas zur extremen Rechten und der Neonazi-Vergangenheit jetzt online

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum e. V. teilt mit: "Ein neues Online-Projekt dokumentiert die Aktivitäten von Neonazis und deren Strukturen. Nach einer erfolgreichen Crowdfunding-Aktion ist "Rechtes Land" jetzt in einer ersten Beta-Version online Damit werden Informationen und Wissen über Rechte gebündelt und auf einer gemeinsamen Karte visualisiert. Es werden aber auch Information und Engagement gegen Rechts verzeichnet. Und nicht zuletzt geht es darum, Orte des Erinnerns an die Nazivergangenheit zu zeigen.

Der Atlas selbst versteht sich als Aggregator von Informationen. So weit wie möglich, sollen die verwendeten Datensätze bald unter einer freien Lizenz im Sinne von Open Data zugänglich gemacht werden. Weiter soll es demnächst die Möglichkeit geben, bestimmte Kartenansichten direkt per Link mit anderen zu teilen. Auch ist wohl eine embed-Funktion in Planung. Und schließlich soll auch noch ein Wiki parallel zur Karte aufgebaut werden."

http://www.startnext.de/rechtesland

Videoprojekt über Islamophobie/ antimuslimischen Rassismus Teilnehmende gesucht

Für das Projekt "Islamophobie / antimuslimischer Rassismus" sucht das Medienprojekt Wuppertal muslimische und nicht-muslimische TeilnehmerInnen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren: "In dem Videoprojekt soll mit jungen Menschen eine Dokumentarfilmreihe zum Thema »Islamophobie / antimuslimischer Ras-

sismus« produziert werden. Die Filme sollen anschließend öffentlich im Kino präsentiert und auf DVD für die Aufklärungs- und Präventionsarbeit genutzt werden."

Kontakt:

Medienprojekt Wuppertal, Andreas von Hören info@medienprojekt-wuppertal.de

Zeichen gegen Rassismus Gelbe Hand-Skulptur in Leverkusen enthüllt

Der Verein "Mach meinen Kumpel nicht an!" teilt mit: "Rund 30 Auszubildende von Bayer, Lanxess und Currenta haben im Rahmen des Wettbewerbs "Die Gelbe Hand" ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gesetzt. Dafür haben die Azubis der Metallberufe eine etwa 1,80 Meter große Metall-Skulptur angefertigt. Die Skulptur steht auf dem Bildungscampus der Bayer AG/ Currenta in Leverkusen.

Die feierliche Enthüllung fand am 14. März 2013 in der Metall-Lehrwerkstatt des Currenta-Bildungscampus statt. Auch Giovanni Pollice, Vorsitzender des Vereins "Mach meinen Kumpel nicht an!", nahm an der Enthüllungszeremonie teil. Er unterstrich die große Bedeutung, die dieser symbolträchtige Akt für den Verein habe, und lobte das Engagement der Currenta-Auszubildenden: "Interkulturelles Miteinander, Chancengleichheit und Antirassismus sind Werte, für die unser Verein seit mehr als 25 Jahren eintritt. Die Skulptur vermittelt diese Gedanken hervorragend. Das Motto des Wettbewerbs wurde von den Auszubildenden geschickt in das Kunstwerk integriert und damit

die Botschaft klar formuliert: "Seid aufmerksam und geratet nicht in den Strudel von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus."

Der Verein "Mach meinen Kumpel nicht an!" ruft jedes Jahr zu seinem Wettbewerb "Die Gelbe Hand" auf, bei dem Auszubildende und Schüler kreative Beiträge gegen Rassismus und Ausgrenzung und für Gleichberechtigung anfertigen."

Weitere Informationen: www.gelbehand.de



Am rechten Rand

Extrem rechte Musikveranstaltungen: Auf eine kleine Anfrage eines Landtagsabgeordneten der "Piraten"-Fraktion im Landtag NRW nach rechtsextremistischen Musikveranstaltungen antwortete das Ministerium für Inneres und Kommunales: "In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2012 insgesamt 8 rechtsextremistische Musikveranstaltungen festgestellt. Hierbei handelte es sich um zwei Liederabende, drei Konzerte sowie drei sonstige Veranstaltungen, bei denen rechtsextremistische Musik gespielt wurde. Darüber hinaus wurde eine Musikveranstaltung im Vorfeld verboten. Die überwiegende

Anzahl der Veranstaltungen wurde im Ruhrgebiet bzw. im erweiterten Ruhrgebiet durchgeführt. Bei der größten Veranstaltung wurden ca. 200 Personen festgestellt. Im Übrigen beliefen sich die Besucherzahlen auf ca. 50 bis 100 Personen pro Veranstaltung. Im Rahmen der Konzerte wurden u. a. Auftritte der Skinhead-Bands "Angry Bootboys", "Oidoxie", "Sleipnir" und "Non Plus Ultra" festgestellt." Das Internetportal NRW Rechtsaußen führt weitere Veranstaltungen auf, darunter auch einen Liederabend der Hooligan-Band "Kategorie C" in Leverkusen am 5. Mai 2013. (kg)



in Köln-Zollstock:
Immer wieder sind in
Köln Zollstock neonazistische Aufkleber
oder Schmierereien
zu beobachten. Auch
kam es mehrfach zu

Neonazi-Aktivitäten

Bedrohungen und Einschüchterungen. Doch es gibt ebenso eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechts. So wurde ein Aufklärungsflugblatt produziert, es gibt Infostände von Parteien oder auch einen Artikel im Gemeindebrief der Melanchthongemeinde. Zudem soll in Bälde ein Bündnis ins Leben gerufen werden. (kg)

Neonazi-Aufkleber in Zollstock

Kundgebungstour der "Rechten": Für Samstag, den 16. März hatte die neonazistische Kleinstpartei "Die Rechte" zu einer Kundgebungstour gegen "staatliche Verfolgung" und für "die Freilassung unserer Gefangenen" aufgerufen. Gemeint waren damit die im Rahmen des Strafverfahrens gegen das neonazistische "Aktionsbüro Mittelrhein" Angeklagten. Neben Aachen (s. dazu den Artikel von Michael Klarmann unter www.lap-aachen.de) und Mönchengladbach steuerten die rund 100 Neonazis auch Düsseldorf an. Gegen 17.30 Uhr trafen sie, wesentlich hinter ihrem Zeitplan, mit zwei Bussen in der Landeshauptstadt ein. Einen der Busse bestritt die "Rechte"- Fraktion Aachen/ Heinsberg, den anderen besetzten Nazis der "Rechte"-Fraktion Dortmund. Beide Ortsgruppen rekrutieren sich hauptsächlich aus Aktivisten der verbotenen Kameradschaften "Nationaler Widerstand Dortmund" und "Kameradschaft Aachener Land". Die Busse wurden vor das Polizeipräsidium geleitet. Die ausgestiegenen Neonazis versuchten, die anwesenden 400 GegendemonstrantInnen anzugehen. Sie wurden daher von der Polizei zunächst zurück in die Busse gedrängt, konnten aber später ihren Aufmarsch durchführen.

Die "Rechte" konnte jedoch nicht, wie geplant, vor das Innenministerium ziehen. Die Route

wurde stark verkürzt, den Neonazis wurde lediglich eine Marschroute von hundert Metern zugestanden. Sie begann vor und endete neben dem Polizeipräsidium. Nach Abschluss ihres "Aufmarsches", der lediglich um eine Ecke ging und mehr stand als lief, ließen einige neonazistische Redner ihrem menschenverachtenden Gedankengut freien Lauf. Unter anderem sprach der Düsseldorfer NPD-Vorsitzende Manfred Breidbach im Zusammenhang mit der bundesdeutschen Justiz, die am Freitag zuvor Neonazi-Gewalttäter in Wuppertal verurteilt hatte, von einer "Judenrepublik". Breidbach hatte bereits in der Vergangenheit volksverhetzende Reden auf Demos gehalten.

Für "Die Rechte" ist der Tag als Misserfolg zu bewerten. Entgegen ihres Vorhabens, vor den Landtag zu ziehen, konnten sie nur hundert Meter zurücklegen und mussten überdies auf diese noch mehrere Stunden in ihren Bussen warten. Auch auf ihrem Twitteraccount machten die Nazis ihrem Unmut Luft und inszenierten sich abermals als Opfer einer "Verschwörung zwischen Staat und Antifa". Den DüsseldorfInnen ist es gelungen, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. (ms)

Überfall Mettmann: Am Samstag, dem 23. März 2013 hatte in Mettmann ein Festival gegen Rassismus stattgefunden. In der Umgebung von Mettmann finden immer wieder rechte Übergriffe statt. Darüber hinaus existiert dort mit der Kneipe "Lounge Deluxe" ein Rückzugsort für die Neonaziszene aus der Region. Das Bündnis "Mettmann Nazifrei" wollte mit diesem Festival ein Zeichen setzen, dass Nazis und deren Aktivitäten in Mettmann nicht erwünscht sind. Das Festival selbst ging ungestört vonstatten. Am Abend nach dem Festival kam es je-

NPD-Versammlung in Ehrenfeld: Nach Informationen von AKKU hat am Samstag, den 23. März 2013 ein NPD-Wahlkandidaten-Treffen im Kölner Stadtteil Neu-Ehrenfeld stattgefunden. "Mehrere Kreisverbände der NPD wollten dort ihre Kandidaten für die Bundestagswahl

Naziaufmärsche in Stolberg: Nachdem in den letzten Jahren die extreme Rechte immer Anfang April in Stolberg aufmarschiert war (zu den Hintergründen: http://www.mbr-koeln.de/wp-content/uploads/2012/03/Wissenswertes-zu-Stolberg.pdf) wurden 2013 die angemeldeten Demonstrationen verboten. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte die Verbote für den Aufmarsch bestätigt, eine Beschwerde des

Zollstock und Weiden zum Ziel der extremen Rechten wurden. Knapp 40 Unterstützer von "Pro Köln/Pro NRW", die mit drei Kleinbussen unterwegs waren, nahmen an den



Kundgebungen teil. Begleitet wurden sie von ca. 250 GegendemonstrantInnen, die lautstark ihren Protest kundtaten, sowie einem Großaufgebot der Polizei. In mehreren Reden von "Pro NRW" wurde der politische Gegner angegangen. Volker Beck (MdB DIE GRÜNEN) erstattete Anzeige wegen Beleidigung.

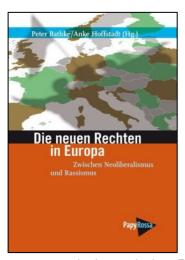
Die Heime selbst waren an diesem Tag größtenteils leer. Viele der BewohnerInnen waren aus Angst zu Freunden oder Verwandten ausgewichen. In Weiden fand zeitgleich in der dem Heim benachbarten Schule ein Fußballturnier statt, an dem auch Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsheimen teilnahmen. (fe)

doch am Bahnhof von Mettmann zu zwei Neonaziangriffen auf FestivalbesucherInnen. Zunächst kam es zu einem Angriff auf drei Personen, die dort auf den Zug in Richtung Düsseldorf warteten. Fünf bis sieben Neonazis überfielen diese mit Schlägen und Pfefferspray. Wenig später wurden vier Personen von einer Gruppe von ungefähr zehn Neonazis mit Glasflaschen, Pfefferspray und Schlägen attackiert. Die Polizei nahm zehn Personen der rechten Szene in Gewahrsam. (ms)

bestimmen", heißt es in einer Presseerklärung. "Offensichtlich aus Mangel an Personal trafen sich dazu die VertreterInnen der Wahlbezirke Köln, Rhein-Erft mit 15 Personen. Ebenfalls waren NPD Mitglieder aus Leverkusen anwesend." (kg)

Aachener "Die Rechte"-Kreisvorsitzenden Andre Plum vor dem Bundesverfassungsgericht wurde nicht zugelassen. Vertreter der "Rechten" verteilten am Samstag, den 6. April 2013 Flugblätter in Aachen. Die Polizei wertete dies als Ersatzveranstaltung und löste die Versammlung auf und leitete Ermittlungsverfahren ein. (kg)

Neu in der Bibliothek



Der vorliegende Band nimmt eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der neuen Rechten, unter denen die HerausgeberInnen vornehmlich rechtspopulistische Parteien verstehen, in Europa vor. Die AutorInnen untersuchen hierbei nicht nur die Ideologie sowie den organisatorischen Stand der neuen Rechten. sondern auch die

sozioökonomischen Rahmenbedingungen, welche ihren Erfolg oder Misserfolg bestimmen. Es gelingt ihnen hierbei, ein verständliches und fundiertes Bild rechtspopulistischer und rassistischer Phänomene zu zeichnen.

Die Analyse der AutorInnen beginnt bei aktuellen sozioökonomischen Grundlagen, die die Handlungsoptionen der Menschen strukturieren. Ein Kernbegriff, auf den sie sich wiederholt beziehen, ist der des Neoliberalismus. Als Neoliberalismus bezeichnen sie die "Ideologie der Marktliberalisierung und Entstaatlichung", welche mit einem massiven Abbau der Sozialsysteme, der Schwächung der ArbeitnehmerInnenrechte, sowie einer Kultur der Flexibilisierung und Mobilisierung des Einzelnen einhergehe. Dies führe zu zunehmender Entsolidarisierung und stärkerem Konkurrenzdruck. In der Krise seien Menschen aufgrund dieser Zwänge eher bereit zur Ausgrenzung und dem Angriff auf als nicht zugehörig empfundene Menschen und eher anfällig für autoritäre Krisenlösungen. Werner Seppman schreibt hierzu in seinem Beitrag "Dynamik der Entzivilisierung": "Das sozial bedrängte Subjekt gewinnt durch die Identifikation mit einem weltanschaulichen "Interpretationsrahmen" einen sozialen Schutzraum; es kompensiert seine Isolation durch die Übereinstimmung mit "übergeordneten" Identifikationsmustern ("Nation", "Mehrheitskultur"), die ein Gefühl von Einbindung und Zugehörigkeit vermitteln." Seppmann führt die Zunahme von Gewaltphänomenen, insbesondere rassistischer Gewalt, auf eine gesellschaftliche Verrohung zurück, die aus dem verstärkten Druck zu konkurrieren entstehe. Rechtes Gedankengut sei auch als der Griff zu einfachen Erklärungsmustern zu verstehen, die den Umgang mit einer unverstandenen, aber zunehmend bedrohlichen Welt scheinbar vereinfachen. Andere AutorInnen zeigen auf, wie die (neuen) Rechten in einem Zeitalter, in dem keine etablierten demokratischen Parteien mehr soziale Sicherheit verteidigen, in die Bresche springen.

Im zweiten Teil werden konkrete Erscheinungsformen des aktuellen Rechtspopulismus beschrieben. Die Analyse erfolgt hierbei auf europäischer Ebene. Zunächst untersucht Sven Schönfelder Themen, Ideologien und Strategien des europäischen Rechtspopulismus und kommt zu dem Schluss, dass es sich um ein Konglomerat aus Strategien und Themen extrem rechter Akteure handelt. Er weist jedoch explizit daraufhin, das die "gesellschaftliche Mitte" ebenso in den Blick genommen werden muss, da hier rechte Deutungsmuster teilweise große Zustimmung genießen und die rechtspopulistischen Akteur innen versuchen, an diese anzuknüpfen. Gerd Wiegel folgt in seinem nächsten Beitrag mit einem Überblick über die rechten Kräfte in Europa und diskutiert die Frage eines europäischen Rechtsrucks. Karin Priester gibt einen Überblick über Programmatik und Elemente des Berlusconismus, Arjan Vliegenthart und Hans van Heijningen schaffen einen Leitfaden, um das Phänomen des niederländischen Politikers Geert Wilders zu verstehen. Alexander Häusler entwirft ein Bild der antimuslimischen Agitationsstrategien der neuen Rechten sowie dem Wandel, den der europäische Rechtspopulismus im Gegensatz zur klassischen radikalen Rechten durchgemacht hat. Schließlich gehen Alban Werner und Richard Gebhardt der Frage nach, warum es in Deutschland noch keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei gibt. Als Gründe nennt er hier unter anderem das Fehlen einer charismatischen Führungsperson, die organisatorische Unfähigkeit der Rechten, vorhandene Potentiale abzuschöpfen, aber auch die Tatsache, dass sich weitverbreitete rechte Einstellungen nicht direkt in Wählerstimmen für rechte Parteien umsetzen. Auch die Tatsache der Stigmatisierung von Nazis macht es rechten Parteien schwer, die vorhandenen Möglichkeiten für sich zu nutzen.

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit den ideologischen Dimensionen des Rechtspopulismus. Fabian Virchow arbeitet hier den Zusammenhang zwischen dem Alltagsrassismus, welcher in den Massenmedien reproduziert wird, und dem Rechtspopulismus heraus. Hierbei konzentriert er sich auf den Boulevardjournalismus und exemplarisch auf die "Bild". Die "Bild"-Zeitung, so die These, habe durch ihr häufiges Reproduzieren von rassistischen und sozialchauvinistischen Thesen sowie die explizite Bewerbung des Buches "Deutschland schafft sich ab" eine Grundlage für rassistische Diskurse in der BRD geschaffen. Ein Zugang zu

Massenmedien sei für einen Rechtspopulismus essentiell, diesen hätten sie sich allerdings noch nicht verschaffen können, schreibt Virchow.

Das Buch schließt mit dem Versuch, einige Lösungsansätze zu skizzieren. Thomas Wagner warnt hierbei vor einem unreflektierten Umgang mit direktdemokratischen Modellen. Diese geraten zunehmend auch in den Fokus von rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen, die mit ihnen versuchen, das demokratische System auf demokratische Weise abzuschaffen. Beispielhaft sei der Versuch der Rechten, durch Stärkung des Bundespräsidenten mit mehr Befugnissen und Autoritäten das Parlament zu schwächen. Ziel sei die Schaf-

TAGUNGSDOKUMENTATION **RECHTS-EXTREMISMUS UND ENGAGEMENT IM URBANEN RAUM** ENTWICKLUNGEN HERAUSFORDERUNGEN PERSPEKTIVEN

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) hat eine neue Broschüre zum Thema "Rechtsextremismus und Engagement im urbanen Raum" vorgelegt. Sie fasst ansprechend aufgearbeitet die Ergebnisse einer Fachtagung zusammen, die im September 2012 in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde. Auf 32 Seiten werden Diskussionen und Beiträge von Expert/innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, darunter auch der ibs, dokumentiert: "Die öffentliche Aufmerksamkeit zum Thema Rechtsextremismus beschränkte sich bisher vor allem auf die östlichen Bundesländer und deren ländliche Regionen. Urbane Räume sind dabei oft aus dem Blick geraten. Doch warum ist es notwendig, Rechtsextremismus im städtischen Raum besonders zu betrachten? Was sind die Bedingungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus in unseren Städten? Diesen und anderen Fragen über Herausforderungen und Perspektiven für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im urbanen Kontext widmet sich die neue Broschüre.

fung einer Führungsperson, die zwar demokratisch gewählt wird, aber im Krisenfall mit weitreichenden Befugnissen autoritär agiert.

Insgesamt vermitteln alle Beiträge fundierte Inhalte in verständlicher Form. Zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen der neuen Rechten in Europa stellt das Buch ein empfehlenswertes Mittel dar. (ms)

Bathke, Peter; Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa: Zwischen Neoliberalismus und Rassismus 362 Seiten, Papyrossa, Köln 2013, 18 Euro

ISBN-10: 3894385073

ISBN-13: 978-3894385071

Die lange vernachlässigten sozialräumlichen Besonderheiten des städtischen Raums in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus mit einzubeziehen, bildet die Grundlage der geführten Debatten. Insbesondere urbane Zentren scheinen mit ihrer heterogenen Bevölkerung, den vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Initiativen beste Voraussetzungen für ein breites und erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus zu bieten. Da es jedoch auch hier rechtsextreme Bedrohungen und Angsträume gibt, ist eine Diskussion über Rechtsextremismus im städtischen Raum notwendig, um unter Beachtung des Sozialraums angemessene Handlungsstrategien zu entwickeln.

Für viele Menschen gehören rechtsextreme. rassistische und antisemitische Bedrohungen und Gewalt zum Alltag im urbanen Raum. Das betrifft vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour, Jüdinnen und Juden, alternative Jugendliche, Linke und ihre Einrichtungen. Hinter dieser Diskriminierung und Gewalt stehen Einstellungen, die in der gesamten Gesellschaft weit verbreitet sind. Rassist/innen und Rechtsextremist/innen fühlen sich vor allem dann ermuntert, Gewalt auszuüben, wenn es keine ernsthaften staatlichen Konsequenzen oder effektive zivilgesellschaftliche Gegenwehr gibt - entscheidend für ein breites und erfolgreiches Engagement in einer Stadt ist daher ein konsequentes Eintreten aller lokalen Akteure."

Die Broschüre steht zum Download bereit unter: http://www.mbr-berlin.de/wp-content/ uploads/2013/04/MBR GESAMT WEB.pdf

Die gedruckte Dokumentation können Sie unter info@mbr-berlin.de bestellen.

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus Appellhofplatz 23-25 50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963 Fax: 0221 - 221 25512 E-Mail: ibs@stadt-koeln.de

www.nsdok.de/ibs

